

„Es gab schwere Bearbeitungsfehler“

Die Bürgerinitiative Flensburger Hafen fordert, den Beschluss zur Verlegung des Wirtschaftshafens zurückzuziehen

Von Anna Rüb

FLENSBURG Der Wirtschaftshafen zieht bis spätestens 2023 vom Ost- ans Westufer. Das beschloss die Flensburger Ratsversammlung im Februar. Die Bürgerinitiative Flensburger Hafen will sich damit nicht geschlagen geben: „Wir haben die zur Verfügung stehenden Unterlagen durchgecheckt. Wir haben nun Fakten, die zeigen, dass es so nicht funktionieren kann“, sagte Ex-Ratsherr Wolfgang Schmiel auf einer Info-Veranstaltung am Donnerstagabend. Die Bürgerinitiative habe sich Experten aus verschiedenen Fachbereichen zur Seite gezogen. „Unsere Ergebnisse zeigen: Das in Flensburg geht schief wie sonstwas.“

Vorgehen, Fakten und Berechnungen seien fehlerhaft. Auf der Grundlage der Erkenntnisse fordert die Bürgerinitiative, dass die Beschlussvorlage zur Verlegung des Wirtschaftshafens zurückgezogen wird. „Es gab schwere Bearbeitungsfehler“, so Schmiel. „So oder so ist es nicht beschlussfähig.“

Der Ratsversammlung seien falsche Zahlen vorgelegt worden – unter anderem deutlich geringere Gesamtkosten. „Die Entscheidung wäre vermutlich gegen das vorliegende Konzept



„Unsere Ergebnisse zeigen: Das in Flensburg geht schief wie sonstwas.“

Wolfgang Schmiel
BI Flensburger Hafen

gelaufen“, vermutete Bauingenieur Gunnar Speck.

Dennoch wolle man natürlich, dass das Ostufer saniert wird. „Aber nach Bürgerwillen, Kassenlage und ohne Upper-Class-Wohnen“, sagte Ulrich Ragotzky, Bürgerschaftliches Mitglied der WiF. „Wir wollen keine Hamburger Hafen City 2.0“, bekräftigte Schmiel.

Laut aktuellen Berechnungen der Stadtplaner werde eine Finanzierungslücke von 46,2 Millionen Euro entstehen, erklärt Wolfgang Schmiel. In der „Gläsernen Akte“ werden unter anderem Ausgleichsbeiträge als Einnahmequelle angegeben. Die Bürgerinitiative fragt sich dennoch, wo das Geld herkommen soll. „Vermutlich wird die Stadt eine Neubewertung für das Planungsgebiet ausweisen“, war Schmiel überzeugt. Statt 40 Euro pro Quadratmeter werde der Bodenwert dann auf 360 Euro pro Quadratmeter steigen.

Bei einem Erbpachtzins von sieben Prozent würde das dann



Vorgehen, Fakten und Berechnungen des Hafen-Ost-Projektes seien fehlerhaft, wirft die Bürgerinitiative der Stadt vor. FOTO: MICHAEL STAUDT

heißt: Eine Bootshalle mit 1000 Quadratmeter Fläche würde statt 2800 Euro nun 25 200 Euro Pacht im Jahr zahlen. In 25 Jahren wären das dann mehr als 600 000 Euro. Im Vergleich dazu: Der Kaufpreis einer gleichgroßen Bootshalle im Umland liegt bei 35 000 Euro, erklärte Schmiel und schlussfolgerte: „Da wird doch keiner hierhin lagern. Die Segelhallen werden woanders gebaut.“ So sei auch die Ursprungsidee, auf der Ostseite einen Erlebnisbereich zu schaffen, nicht möglich.

Unattraktiv könnte nach Rechnungen der Bürgerinitiative auch der Wohnungsbau für Investoren werden. Die Baukosten einer Wohnung betragen rund 3000 Euro pro Quadratmeter. Bei durchschnittlichen Wohnungsgrößen von 80 Quadratmetern koste der Bau einer Wohnung somit rund 240 000 Euro.

Bei 1000 geplanten Wohnungen müsste der Träger schon 240 Millionen Euro investieren. „Und da sind noch keine Erbpachtzahlungen, Kosten für Parkplätze oder die erforderliche Pfahlgründung enthalten“, verdeutlichte Schmiel. Insbesondere der Bau von Sozialwohnungen sei unrealistisch. „Kein Investor wird dort Sozialwohnungen bauen können oder wollen. Ein Investor will schließlich verdienen.“

Laut Stadtplaner soll der Hafenumschlag in den vergangenen Jahren rückläufig gewesen sein. Aktuelle Zahlen zeigten jedoch: „Trotz Restriktionen wächst der Hafenumschlag. Im vergangenen Jahr ist er von 36 495 Tonnen auf 57 623 Tonnen gewachsen“, so Schmiel.

Die Stadtplaner hätten gesagt: „Die Verluste durch den Hafen sind untragbar.“ Diese Aussage hätten sie mit einem Säulendiagramm gestützt, die Einnahmen und Ausgaben des

Hafengebietes zeigt. Die Ausgaben sind deutlich höher. Allerdings beziehen sich diese auf die Kosten für die Instandhaltung der Wasserlinie von Wasersleben bis Meierwik (exklusive Marineschule und Sonwik), während die Einnahmen nur vom Wirtschaftshafen getragen werden. „Das ist be-

wusste Irreführung“, war Schmiel überzeugt. Für ihn war klar: „Wenn der Wirtschaftshafen wegfällt, fallen auch die Einnahmen weg. Die Kosten bleiben aber.“

Jedes Jahr steigen Preis und Löhne, daher wird jährlich der Baupreisindex vom statistischen Bundesamt veröffent-

licht. „Die Stadtplaner geben einen nach heutigen Preisen geschätzten Preis von 68,9 Millionen Euro an“, erklärte der Bauingenieur Gunnar Speck. „Der Baupreisindex ist bei der Grobkostenschätzung aber nicht berücksichtigt worden. Dadurch wurde den Ratsmitgliedern eine völlig falsche Investitionssumme offenbart.“

Bei einem jährlichen Baupreisindex von drei Prozent (im vergangenen Jahr waren es sogar 4,8 Prozent) würden die Kosten bereits um mindestens 14,7 Millionen Euro steigen. Hinzu kämen in der Planung weitere nicht berücksichtigte Kosten für unter anderem den Kaimbau und die Sanierung des Stadtwerkekais oder die Bergung von Munition. „Dabei entstehen Mehrkosten von mindestens 44,71 Millionen Euro“, war Speck überzeugt.

Zusätzlich sei das aufgezeigte Vorgehen der Sanierungsträger fehlerhaft. „Das vorliegende Sanierungskonzept ist nicht auf Basis eines professionellen Projektmanagements aufgebaut“, so Speck.

Anzeige
B=138,2mm
H=189mm